

Dokumentation

DIE REGIERUNGSBILDUNG IN THÜRINGEN ALS MODELL  
DER MACHTERGREIFUNG

Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930

**H**itler war kein Briefschreiber. Das gilt nicht nur für den Menschen Hitler – wir wissen von keiner persönlichen Bindung, die eng genug gewesen wäre, ihn zu brieflicher Selbstmitteilung zu veranlassen –, sondern auch für den Politiker. Sein Instrument, um sich der Menschen zu bemächtigen und sie als Mittel für seine Zwecke verfügbar zu machen, war die Rede, das ihm gemäße Milieu die Massenversammlung. Selbst wenn er im kleinsten Kreise sprach, verfiel er meist in den Redestil, den er sich als Parteidemagoge selber gebildet und als erfolgreich zur Fanatisierung der Massen erprobt hatte. Daß er kein echtes Gespräch führen konnte, sondern stets Monologe hielt, ist mehrfach bezeugt<sup>1</sup>. Wie das Gespräch, war ihm auch der dem Gedankenaustausch dienende, auf Geben und Nehmen angewiesene Briefwechsel wesensfremd. Wir kennen bis heute kaum einen Privatbrief von ihm, und die wenigen Schreiben, die vielleicht der Form nach als solche gelten könnten, dienten in der Regel nicht dem menschlichen Kontakt, sondern einem bestimmten politischen Zweck und wurden nur um dieses Zweckes willen in das Gewand eines Privatbriefes gekleidet<sup>2</sup>.

Ein persönliches Schreiben Hitlers darf also Seltenheitswert beanspruchen. Warum das hier abgedruckte in dieser Form abgefaßt und in einem bei Hitler höchst seltenen Ton persönlicher Herzlichkeit gehalten wurde, ist schnell erklärt: Der Empfänger war ein in Übersee lebender Deutscher, der zu Anfang der zwanziger Jahre bei einem Besuch in München mit Hitler und der NSDAP in Berührung kam und von da an ein begeisterter Anhänger und Bewunderer des „Führers“ blieb. Gerade bei Auslandsdeutschen war das ja kein seltener Fall. Hitler erschien, vom Ausland her gesehen, als der Erneuerer deutscher Größe und deutschen Ansehens in der Welt, unter dessen Niedergang in der Zeit nach dem Versailler Frieden die Auslandsdeutschen besonders gelitten hatten. Die dunklen Seiten, die Unmenschlichkeiten des Nationalsozialismus blieben für diese Betrachter aus der Ferne gewissermaßen unter dem Horizont, wurden nicht geglaubt oder übersehen. Nicht selten verlor allerdings die magische Fernwirkung Hitlers ihren Zauber, wenn ein solcher Auslandsdeutscher durch einen längeren Besuch in der Heimat den Dingen näher trat. Bei dem Empfänger des hier publizierten Briefes scheint das nicht der Fall gewesen zu sein. Er hat in den zwanziger und dreißiger Jahren Deutschland

<sup>1</sup> Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler*, Zürich 1940, S. 60; Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942*, Stuttgart 1963, S. 126f.

<sup>2</sup> Erst recht scheiden natürlich die zahlreichen Handschriften, die er als Parteiführer oder Staatsoberhaupt an einzelne Persönlichkeiten richtete und die rein konventionell die Form des persönlichen Briefes trugen, als solche aus.

mehrfach besucht, an Parteitagern der NSDAP teilgenommen und ist, soweit man seinen Weg weiter verfolgen kann, ein unbeirrbarer Bewunderer Hitlers geblieben; ein Photo aus dem Jahre 1935 zeigt ihn und seine Frau in der Reichskanzlei als Gäste Hitlers mit ihm allein an der Kaffeetafel. Aus Hitlers Brief kann man schließen, daß der Empfänger wohl schon frühzeitig bedeutende finanzielle Opfer für die Partei gebracht hat. Es gab also Gründe für eine so außergewöhnliche Ehrung, wie sie Hitler mit diesem langen, fast schmeichlerisch gehaltenen persönlichen Dankschreiben dem Empfänger erwies und für die Vertraulichkeit, mit der er ihm seine Beurteilung der politischen Lage wissen, seine Erwartungen und Hoffnungen teilen ließ. Daß diese Ehre auch als solche gewürdigt wurde, ergibt sich daraus, daß der Empfänger den Brief sorgfältig aufbewahrte und ihn Jahre später, als Hitler Reichskanzler geworden war, photokopieren ließ, um einigen Freunden einen Abzug zum Geschenk zu machen. Der Freundlichkeit eines der Beschenkten verdanke ich die Kenntnis des Briefes und die Erlaubnis zur Veröffentlichung, doch ohne Nennung des inzwischen verstorbenen Empfängers, dessen Name ohnehin, da es sich um keine irgendwie bekannte Persönlichkeit handelt, nichts zur Sache tun würde.

An der Echtheit des Schreibens ist nicht zu zweifeln. Die Photokopie, die mir vorgelegen hat, läßt vermuten, daß kein Entwurf angefertigt wurde, sondern daß Hitler den Text entweder unmittelbar in die Maschine oder ins Stenogramm diktiert hat, denn die Reinschrift ist an einigen Stellen handschriftlich korrigiert und dann von Hitler unterzeichnet worden. Soweit man erkennen kann, scheinen die wenigen Korrekturen von Hitler selbst herzurühren. Auch Inhalt und Diktion tragen alle Kennzeichen der Echtheit. Alle tatsächlichen Angaben erweisen sich bei Nachprüfung als zutreffend, der Stil ist unverkennbar der Hitlers, wie man an vielen Einzelheiten nachweisen kann. Dafür spricht die Häufung grell übertreibender Beiwörter: Die Partei wird von ihren Gegnern „infernalisches“ gehaßt, die Ablehnung der anderen Parteien ist „arrogant, hochnäsiger und dumm“, die Menschen hängen in „verzehrender“ Hingabe an der Bewegung, Dr. Frick ist ein „fanatischer“ Nationalsozialist, und Hitler selbst sagt mit „hellschender“ Sicherheit den Zeitpunkt des Sieges voraus. Charakteristisch für Hitlers immer auf oratorische Wirkung berechneten Stil ist die Gewohnheit, durch gewagte Umstellung der Satzglieder einen effektvollen Schluß anzustreben, der wie ein Fanfarenstoß wirken soll; der letzte Satz des Briefes bietet dafür ein bezeichnendes Beispiel. Unverkennbar hitlerisch ist auch das aufgeregt-prophetische Pathos, untermischt mit elegischen Partien, wo er von sich und seinem Privatleben spricht und die bei ihm übliche Pose eines Mannes annimmt, der sich selbst und sein persönliches Sein der großen Sache zum Opfer bringt.

An Fakten enthält der Brief nichts, was wir nicht schon wüßten, doch ist zweierlei bemerkenswert: Einmal die Offenherzigkeit, mit der Hitler seine Absichten und seine Taktik bei der Regierungsbildung in Thüringen im Januar 1930 darlegt, und zweitens die verblüffende Sicherheit, mit der er zu diesem Zeitpunkt bereits den Sieg seiner Partei in zweieinhalb bis drei Jahren voraussagt – eine Prophezeiung, die sich ja dann fast auf den Tag genau erfüllt hat.

Zunächst einige Bemerkungen zur politischen Lage, auf die Hitler anspielt: Der Eintritt der Nationalsozialisten in die thüringische Landesregierung im Januar 1930 war ein Höhepunkt in der Geschichte der Partei und ein Vorzeichen ihres künftigen Sieges über Deutschland. Auf den ersten Blick mochte das Ereignis nicht so überwältigend scheinen. Die Landtagswahl vom 8. Dezember 1929 hatte für den thüringischen Landtag folgende Zusammensetzung ergeben<sup>3</sup>:

Sozialdemokraten	18 Sitze
Landbund	9 „
Wirtschaftspartei	6 „
Kommunisten	6 „
Nationalsozialisten	6 „
Deutsche Volkspartei	5 „
Deutschnationale	2 „
Deutsche Demokratische Partei	1 „
	<hr/>
	53 Sitze

Mit ihren 90236 Wählerstimmen hatte die NSDAP also doch nicht mehr als 11,3 % der Stimmen und Mandate gewonnen, sie nahm mit Wirtschaftspartei und Kommunisten den dritten Platz unter den Parteien ein und lag in weitem Abstand hinter der dreimal so starken Sozialdemokratischen Partei. Immerhin hatte sie gegenüber der Wahl vom 30. Januar 1927, die ihr nur 2 von 56 Mandaten gebracht hatte, gewaltig aufgeholt und in nur drei Jahren ihr Gewicht verdreifacht – ein nicht zu unterschätzender moralischer Erfolg, weil symptomatisch für das sprunghafte Ansteigen der nationalsozialistischen Flut im ganzen Reich. Das unterirdische Grollen, das den bevorstehenden Erdrutsch ankündigte, war nicht mehr zu überhören. Hitlers Taktik bei der Regierungsbildung zeigte, daß er und seine bürgerlichen Verhandlungspartner sich dessen bewußt waren und von der nächsten Wahl mit Sicherheit ein weiteres Ansteigen der nationalsozialistischen Stimmen erwarteten. Schon das gab Hitler eine starke Verhandlungsposition. Dazu kam aber noch die für ihn sehr günstige Verteilung der Mandate: Es zeigte sich, daß ohne die NSDAP den 24 Sozialdemokraten und Kommunisten nur 23 bürgerliche Abgeordnete gegenüberstanden, denen also nur die Wahl blieb, sich entweder mit den Sozialdemokraten oder mit den Nationalsozialisten zu verbünden. Zum ersten waren vielleicht die Demokraten, allenfalls auch noch die Deutsche Volkspartei bereit, nicht aber Deutschnationale, Wirtschaftspartei und Landbund, die sich vielmehr, wenn auch aus verschiedenen Motiven, in der schroffen Ablehnung des „Marxismus“ in jeder Gestalt einig waren und die bisherige bürgerliche Regierungsfront fortsetzen wollten. Damit lieferten sie sich aber der NSDAP aus und waren gezwungen, deren Forderungen fast bedingungslos zu akzeptieren oder – Neuwahlen zu riskieren.

Hitler war durchaus der Mann, diese von ihm klar erkannte Situation rücksichts-

<sup>3</sup> Nach Georg Witzmann, Thüringen von 1918 bis 1933, Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim 1958, S. 153, und Hans Volz, Daten zur Geschichte der NSDAP, 10. Aufl., Leipzig 1939, S. 27.

los auszunutzen. Zum erstenmal kam er in die Lage, als ernsthafter Verhandlungspartner bürgerlicher Parteien und als Teilnehmer an einer Regierungsbildung aufzutreten. Sein Verhandlungsstil unterschied sich deutlich von dem bisher in solchen Fällen gewohnten: Er präsentierte den bürgerlichen Parteien mit seinem Parteigenossen Dr. Frick einen Ministerkandidaten, dessen Name, wie er wohl wußte, auf sie schockierend wirken mußte, denn Frick war auf Grund seiner Teilnahme am Münchener Putsch 1923 wegen Hochverrates rechtskräftig verurteilt worden. Der schärfste Widerspruch kam von der Deutschen Volkspartei, die von Frick im Reichstag scharf angegriffen worden war. Die thüringische Landesgruppe der Deutschen Volkspartei wurde von ihren Freunden im ganzen Reich vor einer Koalition mit der NSDAP eindringlich gewarnt. „Es tut mir in der Seele weh, daß ich euch in der Gesellschaft seh“ rief der Parteiführer von Kardorff auf dem Mannheimer Parteitag seinen Thüringer Freunden zu<sup>4</sup>. Die Herausforderung, die Hitler sich leistete, war um so schroffer, als er sie, wie wir nunmehr aus seinem eigenen Munde erfahren, mit einem auf drei Tage befristeten Ultimatum an die Adresse der bürgerlichen Parteien verband und mit einem Antrag auf Neuwahlen drohte. Auch ist für seine Taktik bezeichnend, wie er ständig die Rückwirkung der Regierungsverhandlungen auf die Stimmung draußen im Lande und die Chancen einer Neuwahl im Auge behielt. Er urteilte ganz richtig, daß ein neuer Wahlgang nach so kurzer Zeit den Nationalsozialisten nur dann einen weiteren Zuwachs bringen werde, wenn sie die Stimmung der Wähler mit einer zugkräftigen Parole anpeitschen und hochreißen konnten. Ein prinzipielles Nein zur Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung hätte den Nationalsozialisten den Ruf der Unfähigkeit, Verantwortungsscheu und Tatenlosigkeit eingetragen, wenn aber ihre Beteiligung an einem Nein der bürgerlichen Parteien scheiterte, so war damit eine Wahlparole gewonnen, die man sich nicht besser wünschen konnte. Der Wahlkampf konnte dann in schroffer Frontstellung gegen diejenigen geführt werden, deren Wähler man für sich zu gewinnen hoffte, und mit der einleuchtenden Zielsetzung, daß die NSDAP gestärkt werden müsse, um den Widerstand gegen ihre Regierungsbeteiligung zu brechen. Genauso hat Hitler alle seine Wahlkämpfe bis 1933 geführt: Nicht für sachliche Forderungen, sondern stets mit dem Blick auf die nächste Wahlschlacht, deren Chancen im voraus abwägend und den gegenwärtigen Wahlerfolg nur als Voraussetzung weiterer, noch größerer Siege wertend.

Doch waren es nicht nur taktische Erwägungen, die Hitler eine Beteiligung an der Regierungsbildung ratsam erscheinen ließen. Warum er, kaum daß seine Partei wenig mehr als ein Zehntel der Stimmen in einem der kleinsten deutschen Länder gewonnen hatte, sofort an die Macht drängte, ja warum er überhaupt hier so etwas wie eine Machtchance witterte, hat er in seinem Brief sehr offenherzig dargelegt. Es ging ihm um die Eroberung der gesamten Exekutive von innen her durch Besetzung der den staatlichen Machtapparat beherrschenden und kontrollierenden Positionen. Das waren in einer Landesregierung die Posten des Innen- und Kultusministers, die einzigen, die mit der Verfügungsgewalt über die Polizei und mit der

<sup>4</sup> Witzmann, a. a. O., S. 154

Aufsicht über das Schul- und Hochschulwesen noch die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte in eigener Zuständigkeit ermöglichten. Hier ließen sich Machtpositionen schaffen und ausbauen, während alle anderen Länderministerien mehr oder weniger Auftragsangelegenheiten des Reiches wahrzunehmen und nach dessen Richtlinien zu bearbeiten hatten. Mit den beiden Ministerien, die Hitler forderte, beherrschte seine Partei nahezu alles, was die Weimarer Verfassung an Landesexekutive noch übrig gelassen hatte. Allerdings erwies sich später die Polizeiherrschaft des kleinen Landes Thüringen als eine doch sehr bescheidene Machtposition, weil die Länder zum Unterhalt ihrer Polizeikräfte auf Zuschüsse des Reiches angewiesen waren, also durch ihre finanzielle Abhängigkeit vom Reich in der Ausübung ihrer Polizeirechte doch wieder beschränkt werden konnten. Der sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing hat sich dann auch gegenüber der rücksichtslosen und verfassungsfeindlichen Personalpolitik Fricks in der thüringischen Polizei dieser scharfen Waffe mit ziemlichem Erfolg bedient und dafür gesorgt, daß Fricks Bäume nicht in den Himmel wuchsen<sup>5</sup>. In der Kultur- und Bildungspolitik hat Frick die Erwartungen seines Parteichefs besser erfüllen können, indem er der Universität Jena den nationalsozialistischen Rassenideologen Hans Günther als ordentlichen Professor aufkotroyierte und die Schule zum Schauplatz nationalsozialistischer Agitation zu machen wußte.

Hitler hat also die beschränkten, aber doch ausbaufähigen Möglichkeiten, die ihm eine Regierungsbeteiligung in Thüringen bot, im wesentlichen richtig eingeschätzt. Sein Verfahren bei den Vorverhandlungen erinnert, wie man leicht bemerken wird, an seine Taktik bei der Regierungsbildung im Reich im Januar 1933, und die Vorgänge vom Januar 1930 in Thüringen erscheinen fast wie eine Generalprobe zur „Machtergreifung“ drei Jahre später. Übrigens nicht die einzige, denn in den folgenden drei Jahren hatte Hitler noch mehrfach Gelegenheit, das in Thüringen erstmals befolgte Rezept weiter zu erproben. Man weiß längst und es ist oft geschildert worden, wie Hitler bei allen Gesprächen über eine Regierungsbeteiligung seiner Partei im Reich oder in den Ländern in zähem Ringen die Schlüsselpositionen zu erobern suchte und sich in sachlichen Fragen gleichgültig, ja entgegenkommend zeigen konnte, weil es ihm zunächst auf nichts anderes als die Erringung der Macht ankam. So 1930, nur wenige Monate nach den Thüringer Ereignissen, als im Zuge der Bestrebungen, das Kabinett Brüning von den Sozialdemokraten unabhängig zu machen, eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung im Reich erörtert wurde; damals forderte Hitler das Innen- und Wehrministerium, zeigte sich allerdings nach seinem Wahlsieg vom September 1930 nicht mehr so sehr interessiert und schien mehr Wert auf Machtzuwachs durch weitere Wahlen als auf Teilnahme an der politischen Verantwortung zu legen<sup>6</sup>. Ähnlich, doch nicht

<sup>5</sup> Vgl. Witzmann, a. a. O., S. 166 ff. und Koellreutter-Haentzschel, Der Konflikt Reich-Thüringen in der Frage der Polizeikostenzuschüsse, Archiv des öffentlichen Rechts Bd. 20 (1931), S. 68–102, 384–411.

<sup>6</sup> Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Villingen 1960, S. 360, 372.

mehr so bescheiden lauteten seine Forderungen 1932, wie aus Goebbels' Tagebuchnotiz vom 6. August hervorgeht: „Der Führer besteht auf seiner Kanzlerschaft und auf dem preußischen Ministerpräsidentenposten; das Reichs- und preußische Innenministerium, ein neu zu gründendes Volkserziehungs- und Propagandaministerium, Landwirtschaft und Luftfahrt sollen uns überantwortet werden. Ebenso die Justiz.“<sup>7</sup> Viele dieser Ansprüche mußte Hitler zurückschrauben, als er nach der schweren Krise des Winters 1932/33 mit Papens Hilfe dann doch noch in den Sattel gelangte, aber unverändert blieb auch bei diesen im Januar 1933 geführten Kabinettsverhandlungen sein Bestreben, die wirklichen Machtpositionen zu gewinnen und sich lieber mit einer kleinen Minderheit in der Regierung zu begnügen, als auf die Verfügung über die Polizei zu verzichten. Darüber hat uns Papen einen vielleicht etwas kolorierten, im Tatsächlichen aber zutreffenden Bericht gegeben in einer Notiz vom 29. Januar 1933: „Meine ersten Besucher sind Hitler und Göring. Sie erklären mir, daß der Abgeordnete Dr. Frick für den Posten des Reichsinnenministers und Göring für den des preußischen Innenministers präsentiert werden . . . Was Preußen anbelangt, wiesen beide Herren darauf hin, daß der Apparat der preußischen Polizei, seit mehr als einem Jahrzehnt in den Händen der SPD, einer Säuberung unterzogen werden müsse . . . Ich erklärte indessen Herrn Hitler, der Reichspräsident gedenke nicht, ihn mit der Vollmacht eines Reichskommissars für Preußen auszustatten. Diese Vollmacht würde er mir, dem Vizekanzler des Kabinetts, übertragen. Hitler schluckte diese offenbare Enttäuschung mit mühsam verhaltenem Groll.“<sup>8</sup> – Das Ergebnis der Verhandlungen vom Januar 1933 ähnelt also insofern dem vom Januar 1930 in Thüringen, als in beiden Fällen die Nationalsozialisten zwar eine Minderheit im Kabinett bildeten, dafür aber die für den weiteren Ausbau ihrer Macht nutzbaren Positionen besetzten. Der Hauptunterschied liegt darin, daß Hitler 1933 den Reichskanzlerposten erhielt und damit die Richtlinien der Politik bestimmte. Das war 1930 in Thüringen noch nicht möglich, weil der Ministerpräsident natürlich von der stärksten Regierungspartei gestellt wurde, sonst aber ist die Parallele vollkommen; es ist sogar derselbe Mann, Frick, der erst in Thüringen und später im Reich an die Schaltstelle der Macht gesetzt und mit der Durchsetzung der Polizei im nationalsozialistischen Sinne betraut wird. Was er in Thüringen nur unvollkommen durchführen konnte und vorzeitig abbrechen mußte<sup>9</sup>, konnte er jetzt im Reich erfolgreich zu Ende führen. Wenn die Kulturpolitik bei der Regierungsbildung im Reich keine Rolle zu spielen

<sup>7</sup> Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1954, S. 139. Vgl. auch Thilo Vogelsang, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 92.

<sup>8</sup> Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 271f. S. auch Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 569–572 und Bracher, a. a. O., S. 720.

<sup>9</sup> Die im Januar 1930 gebildete thüringische Regierung mußte am 1. April 1931 zurücktreten, als die Deutsche Volkspartei, durch wüste Angriffe der Thüringer nationalsozialistischen Presse gereizt, einem sozialdemokratisch-kommunistischen Mißtrauensantrag im Landtag zustimmte, Witzmann, a. a. O., S. 175.

schien, weil es kein Reichskultusministerium zu besetzen gab, so wurde das doch sehr bald durch die Ernennung von Goebbels zum Reichspropagandaminister und durch die Gleichschaltung der Länder nachgeholt; beides war zweifellos von vornherein so geplant. Wie das schwierige Problem der Verfügung über die Reichswehr durch die Ernennung Blombergs zum Reichswehrminister fast ohne Zutun Hitlers eine für ihn befriedigende Lösung fand, ist bekannt.

In alledem enthüllt sich ein zielbewußt angelegter Feldzug zur Eroberung der Macht im Reich, zu dem die Regierungsbildung in Thüringen, wie wir nun von Hitler selbst hören, nur das erste Vorgefecht war. Hitlers Pressechef hat später von der „planmäßigen Demonstrations- und Einkreisungspolitik“ gesprochen, die Hitler Ende 1929 mit der „Eroberung“ Koburgs eingeleitet habe, um „von der Seite der Kommunen und Länder her vorzudringen und sich dort eine Machtposition nach der anderen zu schaffen, solange das Reich selbst für die NSDAP noch nicht sturmreif war“<sup>10</sup>. Das wird durch Hitlers Brief bestätigt. Er reiht sich damit den nicht allzu zahlreichen authentischen Dokumenten über Hitlers politische Vorstellungen, Ziele und Methoden vor der Machtübernahme an und verdient es, der Vergessenheit entzogen zu werden.

Für den Abdruck kam es nur darauf an, die (wahrscheinlich von Hitler herührenden) handschriftlichen Korrekturen und Zusätze zu kennzeichnen. Rechtschreibung und Zeichensetzung des Originals sind beibehalten, nur offensichtliche Versehen (Tippfehler), die aber sachlich ohne Bedeutung sind, wurden stillschweigend berichtigt. Auf ungewöhnliche Schreibweisen oder Formulierungen ist durch Ausrufungszeichen in eckigen Klammern aufmerksam gemacht.

*Fritz Dickmann*

#### Dokument

München, den 2. Februar 1930

Lieber Herr . . . !

Durch eine Reihe widriger Umstände wurde das Weihnachtsgeschenk für Sie und Ihre verehrte Frau Gemahlin, das ich zur Erinnerung an die Nürnberger Tage<sup>11</sup> nach meinem Entwurf anfertigen ließ, statt Dezember erst Januar fertig. Sie werden mir aber wohl nicht böse sein, wenn ich damit so verspätet all die Glückwünsche verbinde, die ich sonst zum neuen Jahr übermittelt hätte. Ich benütze diese Gelegenheit aber auch, um Ihnen einiges über die Bewegung zu schreiben, die Ihnen und Ihrer lieben hochverehrten Frau Gemahlin so sehr am Herzen liegt.

Seit Sie uns im August verlassen haben, konnte die Bewegung einen Aufschwung nehmen, der alles, was wir in dieser Richtung zu hoffen wagten, weit zurückließ. Die Landtagswahlen und Kommunalwahlen verdoppelten bis verzehnfachten an manchen Orten unsere Stimmen. Wir waren überhaupt die einzige Partei, die wirklich und zwar rapid gewachsen ist. Den größten Erfolg erzielten wir in Thüringen. Dort sind wir heute wirklich die ausschlaggebende Partei. Es trat damit eine Frage

<sup>10</sup> Otto Dietrich, *Mit Hitler in die Macht*, 21. Aufl., München 1935, S. 34.

<sup>11</sup> Parteitag der NSDAP im August 1929.

von großer grundsätzlicher Bedeutung an die Bewegung heran. Die Parteien in Thüringen, die bisher die Regierung bildeten, vermögen ohne unsere Mitwirkung keine Majorität aufzubringen. Wir haben ja auch schon vordem eine Zeitlang – vor Dinters<sup>12</sup> Ausscheiden – einen ausschlaggebenden Einfluß ausüben können. Allein erst die Neuwahl brachte uns die ziffermäßige Stärke, die jede Regierungsbildung ohne unser Mittun kurzerhand verbietet<sup>13</sup>. Außerdem hat sich seitdem in der öffentlichen Meinung ein sehr großer Umschwung vollzogen. Es ist staunenswert, wie sich hier die vor wenigen Jahren noch selbstverständliche arrogante, hochnäsige oder dumme Ablehnung der Partei in eine erwartungsvolle Hoffnung verwandelt hat. Es lag im Wesen dieser Umwälzung, wenn daher die früheren Koalitionsparteien in Thüringen an uns zum ersten Male die Forderung nach aktiver Beteiligung an der Regierung richteten. Ich glaube man erwartete (besonders auf Seite der deutschen Volkspartei!), daß ich irgend einen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich vom Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich „Nein“ gesagt und wäre es darüber zu einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß uns das Vertrauen zu schenken wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt, und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken. Natürlich ist die Voraussetzung hiezu die geeignete Persönlichkeit. Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle nicht irgend ein kleiner Parlamentarier oder ein ergebener Regierungsbeamter in Frage kommen kann, sondern nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung. Ich habe nun das Glück in unserem Parteigenossen Dr. Frick einen Mann zu besitzen, der diesen Anforderungen in höchstem Ausmaße gerecht wird. Ein energischer, kühner und verantwortungsfreudiger Beamter von außerordentlich großem Können und fanatischer Nationalsozialist! Als ich den Unterhändlern der anderen Regierungsparteien diesen meinen Kandidaten mitteilen ließ, war man dort<sup>a</sup> zunächst auf das unangenehmste berührt. Das entsprach nicht dem, was man sich zuerst vorstellte. Natürlich konnte man Dr. Frick nicht aus den wahren Gründen ablehnen. So griff man zu ebenso unwahren wie lächerlichen Vorwänden. Die deutsche Volkspartei, die im Reiche in den Koalitionen mit den Parteien der ehemaligen Landesverräter sitzt<sup>14</sup>, empfand es auf einmal als

a) „dort“ handschriftlich nachgetragen.

<sup>12</sup> Dr. Artur Dinter, Verfasser antisemitischer Romane, bis Ende 1928 Gauleiter in Thüringen, wurde wegen Differenzen mit Hitler abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Vgl. Konrad Heiden, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Berlin 1932, S. 201, 245.

<sup>13</sup> Vgl. oben S. 456.

<sup>14</sup> Reichkabinett Hermann Müller (Sozialdemokrat), eine Regierung der sogenannten „großen Koalition“.

„untragbar“ mit einem wegen „Hochverrat“<sup>b</sup> zu Festungshaft verurteilten Nationalisten zusammen zu arbeiten. Man glaubte, daß wir vor der Drohung eines Mißlingens der Regierungsbildung vielleicht doch klein begeben würden. So fuhr ich denn selbst nach Weimar und habe den Herren<sup>c</sup> ganz kurz in aller Bestimmtheit versichert, daß entweder Dr. Frick unser Minister wird, oder Neuwahlen kommen. Ich setzte von Freitag den 10<sup>d</sup> bis Montag den 13 Jan.<sup>d</sup> eine kurze Frist der Überlegung und versicherte, daß andernfalls am Dienstag unser Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht würde, und am Mittwoch der Wahlkampf von unserer Seite wieder begönne. In einer Industriellenversammlung, die ich am selben Tage hielt<sup>15</sup> und zu der alles was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt nach Weimar gekommen war, vertrat ich unsere nationalsozialistischen Gedanken und Prinzipien mit dem Erfolge, daß auf einmal gerade von dieser Seite ein sehr scharfer Druck auf die deutsche Volkspartei ausgeübt wurde<sup>16</sup> mit dem Gesamtergebnis, daß wir am Montag abend die prompte [!] Einwilligung zu unserem Kandidaten und zu den beiden Ministerien erhielten<sup>17</sup>. Parteigenosse Frick hat in der Regierung noch einen zweiten Nationalsozialisten. Wir haben gefordert, daß unser Parteigenosse Marschler<sup>18</sup> Staatsrat wird, und als solcher damit an den Abstimmungen der Regierung stimmberechtigt teilnimmt. Damit hat nun allerdings ein Kampf begonnen, der nicht leicht sein wird, von dem ich mir aber um so mehr Erfolg verspreche, als unser Staatsminister, Parteigenosse Dr. Frick, alle übrigen Herrn des Kabinetts an Fähigkeiten und Willensstärke turmhoch überragt. Dazu kommt noch, daß hinter ihm die aktivste und entschlossenste Partei steht!

Unsere Aufgabe in Thüringen erstreckt sich damit auf zwei Gebiete. Als Innenminister wird Dr. Frick eine langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers von den roten Revolutionserscheinungen vornehmen. Dr. Frick wird hier

b) Anführungszeichen handschriftlich nachgetragen.

c) handschriftlich korrigiert aus „Herrn“.

d) die Daten „den 10“ und „den 13 Jan.“ handschriftlich nachgetragen.

<sup>15</sup> Über diesen Vortrag Hitlers am Sonnabend, den 11. Januar 1930 in Weimar, zu dem die nationalsozialistische Fraktion des Thüringer Landtages „im Einvernehmen mit führenden Persönlichkeiten der thüringischen Wirtschafts- und Industrieverbände und auf deren Anregung“ eingeladen hatte, berichtete der „Völkische Beobachter“ am 17. Januar 1930. Hitler sprach nach dieser Meldung vor mehr als 200 „maßgeblichen Persönlichkeiten der Politik und Verwaltung, des Handels, der Wirtschaft und Industrie sowie der Kunst und Wissenschaft aus ganz Thüringen“ über das Thema „Politik und Wirtschaft“. Bemerkenswert sind die vom VB wörtlich wiedergegebenen Schlußsätze mit der massiven Drohung: „Versöhnung gibt es für uns nicht! Es gibt nur eins: Rettung unseres Volkes, und wenn es sein muß, durch die Erledigung unserer Gegner!“ – Es ist immerhin bemerkenswert, daß die bürgerlichen Parteien trotz dieser brutalen Äußerungen die Koalitionsverhandlungen mit Hitler fortsetzten und zu einem positiven Abschluß brachten.

<sup>16</sup> Eine natürlich nicht nachprüfbare, aber durchaus ernst zu nehmende Behauptung. Die finanzielle Unterstützung Hitlers durch industrielle Kreise begann nach George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1955, S. 96, gleichfalls um diese Zeit. Hitler selbst entschloß sich nach Otto Dietrich, a. a. O., S. 45, erst im Sommer 1931 zu einer systematischen „Bearbeitung“ der Industrie.

<sup>17</sup> Frick wurde (nach Volz, a. a. O., S. 28) am 23. Januar 1930 mit 28 gegen 22 Stimmen der SPD, KPD und der Demokratischen Partei zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt.

<sup>18</sup> Wilhelm Marschler, damals Vizepräsident des Thüringer Landtages, später nationalsozialistischer Ministerpräsident in Thüringen. Über ihn: Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Stuttgart 1959, S. 217f.

mit rücksichtsloser Entschlossenheit eine Nationalisierung einleiten<sup>e</sup>, die den anderen bürgerlichen Regierungen zeigen kann, was wir Nationalsozialisten unter diesem Worte verstehen. Vor allem auf dem Gebiete des Polizeiwesens gibt es sehr viel zu tun. Die zweite große Aufgabe wird Dr. Frick als Volksbildungsminister in der Nationalisierung des Schulwesens erblicken. Wir werden in Thüringen nunmehr das gesamte Schulwesen in den Dienst der Erziehung des Deutschen zum fanatischen Nationalisten stellen. Wir werden ebenso sehr den Lehrkörper von den marxistisch-demokratischen Erscheinungen säubern, wie umgekehrt den Lehrplan unseren nationalsozialistischen Tendenzen und Gedanken anpassen. Der erste Schritt wird die Errichtung eines Lehrstuhls für Rassenfragen und Rassenkunde an der Universität in Jena sein. Ich habe die bestimmte Hoffnung, daß es gelingen wird Dr. Hans Günther<sup>19</sup> zum ordentlichen Professor der Universität Jena zu gewinnen. Damit wird Thüringen, von dem in der deutschen Geschichte schon einige Male große geistige Erneuerungen ausgegangen sind, abermals der Ausgangspunkt einer solchen geistigen Umwälzung werden. Eine weitere Aufgabe ist es, von Thüringen aus der verhängnisvollen Reichspolitik entgegenzutreten<sup>20</sup>. Der erste Erfolg in dieser Richtung ist die Ablehnung des Youngplans durch den Thüringischen Staat im Reichsrat<sup>21</sup>.

Aber was sich hier in einem Bundesstaat abspielt, wiederholt sich in zahlreichen Kommunen und bereitet sich in einigen anderen Ländern vor. Wir haben in 5 Jahren hunderttausend<sup>f</sup> Mitglieder gewonnen. Im vergangenen Jahr aber allein achtzigtausend<sup>f</sup> dazu. Im Monat Dezember aber<sup>g</sup> allein bereits zwanzigtausend<sup>f</sup>. Die Bewegung wird in ein bis einerhalb[!] Jahren die Zahl von vierhunderttausend Mitglieder[!] mindest erreicht, wenn nicht überschritten haben<sup>22</sup>. Die große Arbeit der ersten Jahre nach der Wiedererlangung meiner Freiheit beginnt jetzt ihre Früchte zu tragen. Es wird bei uns kommen wie in der ganzen Natur. Man muß pflügen und eggen, säen und immer wieder arbeiten bis endlich die Zeit kommt, in der die Ernte fast sichtbar in wenigen Wochen der Reife entgegengeht und endlich in Tagen als Frucht eingebracht<sup>h</sup> werden kann. Es ist bei Bewegungen nicht anders. Wir haben einen gründlichen Unterbau geschaffen. Wir haben unser Volk durchgepflügt wie keine andere Partei es tut. Wenn der Moltkesche Satz, daß das Glück auf die Dauer beim Tüchtigen ist, auch heute noch zutrifft kann es nur bei uns sein. Alles was sich an großen Ereignissen in den letzten Monaten abspielte, hat deswegen auch unserer Bewegung gedient und genützt. Das Volksbegehren und der Volksentscheid<sup>23</sup> waren

e) handschriftlich verbessert aus „vornehmen“.

f) Die Zahlenangaben sind handschriftlich unterstrichen.

g) „aber“ handschriftlicher Zusatz.

h) handschriftlich verbessert aus „geerntet“.

<sup>19</sup> der bekannte nationalsozialistische Rassenideologe.

<sup>20</sup> In einem Aufruf Hitlers an die Partei vom 23. Januar 1930, abgedruckt im „Völkischen Beobachter“ vom 25. Januar heißt es: „Wenn wir Nationalsozialisten deshalb heute, sei es in einer Kommune oder in einem Lande, an der öffentlichen Gewalt teilnehmen oder in eine Regierung eintreten, dann keine Sekunde etwa in dem Glauben, damit diese Gebiete dem allgemeinen Schicksal entziehen zu können, sondern nur in der Hoffnung, von diesen Stationen aus die Erkenntnis über die Notwendigkeit des Sieges unserer Idee leichter und weiter verbreiten zu mögen, und dem Siege unserer Bewegung, in dem wir die Voraussetzung für die Rettung unseres Volkes erblicken, damit besser dienen zu können.“

<sup>21</sup> Die Abstimmung im Reichsrat war allerdings erst am 6. Februar.

<sup>22</sup> Über den Mitgliederzuwachs der NSDAP vgl. Wolfgang Schäfer, NSDAP, Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, Hannover 1957, S. 11, 17.

<sup>23</sup> Das Volksbegehren gegen die Annahme des Youngplanes wurde am 21. September 1929 eingereicht, der Volksentscheid darüber fand am 22. Dezember 1929 statt.

der Anlaß für eine Propagandawelle, wie sie ähnlich in Deutschland noch nie da war. Und darin liegt in erster Linie ihr Nutzen. Allein darüber hinaus wurde die Nation so aufgerüttelt, daß es den anderen Parteien heute schon sehr schwer wird, ihr neues Verbrechen an unserem Volke so leichten Herzens zu begehen, wie dies früher oft der Fall war. Daß sie uns deshalb nicht lieben, ist selbstverständlich. Ich glaube nicht, daß jemals eine politische Partei in Deutschland so infernalisches gehaßt wurde als wir. Allein ich glaube auch nicht, daß jemals an einer Bewegung Menschen in so verzehrender Hingabe hingehen als ebenfalls an der unseren.

Was mein eigenes Leben betrifft, so geht es auf in der großen Tätigkeit und dem ärgerlichem[!] Kleinkram, der dazwischen nun einmal immer mitläuft. Es wäre auch sonst zu schön, wenn einem nicht kleinliche Stänkereien, Prozesse und sonstige Sorgen von Zeit zu Zeit immer wieder das Bewußtsein brächten, daß man nicht in einer Welt der eiteln Freude, sondern tausendfältiger Unzulänglichkeit lebt. Ich meine dabei natürlich nicht die Welt an sich, sondern nur das Zeug, das sich auf ihr herumtreibt!

So darf ich Ihnen lieber Herr . . . und Ihrer so sehr verehrten Frau Gemahlin denn auch an dieser Stelle danken für die Art und Weise, in der Sie mir wenigstens einen Teil meiner Sorgen abnehmen und erleichterten<sup>i</sup>. Ich weiß wie sehr Sie an unserem Werke hängen, an unserem gemeinsamen Werk, und weiß, wie für Sie selbstverständlich der schönste Dank das wunderbare Werden dieses unseres Werkes ist. Ich bin früher in vielen Dingen ein Prophet gewesen und habe wenigstens im Großen meist recht behalten. Ich habe aber fast nie über die Zeit des Erfolges unserer Bewegung prophezeit. Heute kann ich das mit fast hellsehender Sicherheit. Lieber Herr . . ., wenn mich das Schicksal gesund erhält und nicht ungeahnte Katastrophen kommen, wird das deutsche Volk längstens in<sup>k</sup> zweieinhalb bis drei Jahren den tiefsten Punkt seiner Erniedrigung verlassen haben. Ich glaube, daß in dieser Zeit der Sieg unserer Bewegung eintritt und damit die Periode unseres Verfalls beendet ist und eine solche des Wiederaufstiegs unseres Volkes beginnt. Vielleicht ist es Ihnen trotz allem möglich noch vorher in unsere deutsche Heimat zu einem kurzen Besuch zurückzukehren, vielleicht aber betreten Sie diesen Boden schon in der Zeit, in der Sie das neue Banner begrüßen wird.

Ich habe das Nürnberger Abzeichen als Briefbeschwerer verarbeiten lassen und möchte Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin dies als kleines Zeichen meiner Dankbarkeit schicken, in der Überzeugung, daß es Sie immer an Tage zurückerinnern wird, die einst ein Fest waren, in der Zukunft aber Deutschland sein werden. Sie haben diese Tage selbst miterlebt und werden aus ihnen heraus besser verstehen als aus toten Nachrichten den lebendigen Siegeszug unserer Bewegung.

Seien Sie und die gnädige Frau Gemahlin nachmals [!]  
herzlichst bedankt und gegrüßt von  
Ihrem ergebenen

Adolf Hitler

i) handschriftlich verbessert aus „erleichtern“.

k) „längstens in“ handschriftlich verbessert aus „bis längstens“.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wilhelm Deist, Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Freiburg im Breisgau, Schwarzwaldstr. 169.

Dr. Fritz Dickmann, Ord. Professor für neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin, Berlin 45, Augustastr. 20b.

H. Peter Krosby, Assistant Professor of Hi-

story and Scandinavian Studies, University of Wisconsin, Madison, Wisconsin 53706, USA.

Dr. Helmut Metzmacher, Bad Godesberg, Germanenstr. 36.

Dr. George H. Stein, Associate Professor of History, State University of New York at Binghamton, Binghamton, New York 13901, USA.